

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschließlich der Postbestellgebühr. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 20. April 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 1 Mk. die fünfgespaltene Zeile; Klaus-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 5 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 46

### Bekanntmachung

Der Tarifausschuss hat in seiner Sitzung vom 18. März dieses Jahres beschlossen, daß über Änderung des an demselben Tag abgeschlossenen Lohnabkommens nicht der Tarifausschuss in seiner Gesamtheit, sondern nur eine besondere Kommission zu beraten habe. Diese Kommission ist vom Tarifausschuss provisorisch als

#### Lohnkommission

eingesetzt worden und hat das Recht, Beschlüsse zu fassen und diese für die Mitglieder der Tariftgemeinschaft für verbindlich zu erklären.

Die Einberufung dieser Lohnkommission erfolgt hiermit für den

26. April und folgende Tage.

Die Verhandlung findet statt in Berlin im „Meißersaal“ (Grüner Saal), Köthener Straße 38. Beginn der Verhandlung vormittags 10 Uhr. Besondere schriftliche Einladung erfolgt nicht; die Mitglieder der Kommission werden deshalb gebeten, dem Tarifamt rechtzeitig mitzuteilen, ob sie an der Verhandlung teilnehmen werden.

Berlin, 10. April 1922.

#### Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Rudolf Willein, Robert Braun,  
Prinzipalvorsitzender, Gehilfenvorsitzender.  
Paul Schäfers, Geschäftsführer.

### Vertragsgemeinschaft der Buchdrucker im Gebiete der Freien Stadt Danzig

Sitzung des Danziger Tarifamts am 30. März 1922.

Anwesende: von Seiten der Arbeitgeber: Siebenfreund, Bähre; von Seiten der Arbeitnehmer: Sühner, Radtke, Wiczorek; für den Verein der Buchdruckerbesitzer im Gebiete der Freien Stadt Danzig: Krogoll; für den Buchdruckerverein der Freien Stadt Danzig (V. d. B.): Bulla; Verhandlungsleiter: Siebenfreund; Protokollführer: Bähre.

Tagesordnung: 1. Aufnahme und Austritt von Mitgliedern; 2. Wahl des Juristen; 3. Einlegung; a) des Beiratsprüfungsausschusses, b) der Stellvertreter für das Beschwerdeamt; 4. Mitteilungen.

Zu 1. Die beiden Firmen A. Kinder, Egenhof und Richard Pech (Meuteich) werden als Mitglieder des Vereins der Buchdruckerbesitzer im Gebiete der Freien Stadt Danzig in die Vertragsgemeinschaft aufgenommen.

Die Firma Bruno Börges (Danzig) scheidet wegen der Auflösung der Buchdruckerei aus der Vertragsgemeinschaft aus. Dem bei ihr beschäftigten Maschinenmeister Hans Kranz wird bestätigt, daß er auch fernerhin als zur Vertragsgemeinschaft gehörig betrachtet wird.

Die Firma S. F. Bönsig (Danzig) hat ihren Austritt aus der Vertragsgemeinschaft erklärt. Hieron wird Kenntnis genommen. Der Firma soll mitgeteilt werden, daß sie infolge der Erklärung der allgemeinen Verbindlichkeit des der Vertragsgemeinschaft zugrunde liegenden Vertrags trotzdem verpflichtet sein wird, die tariflichen Vereinbarungen innezuhalten. Das Tarifamt beschließt, an die Handwerkskammer den Antrag zu stellen, Herrn Buchdruckerbesitzer Bönig von seinem Amt in der Beiratsprüfungskommission für die Buchdrucker zu entben. Das Tarifamt bittet Herrn Krogoll, für den Verein der Buchdruckerbesitzer einen gleichgerichteten Antrag an die Handwerkskammer abzugeben.

Zu 2. Das Tarifamt wählt Herrn Amtsgerichtsrat Hempel zu seinem unparteilichen Vorsitzenden. Herr Sühner gibt namens der Gehilfenchaft die Erklärung ab, daß Herr Hempel zwar nicht der Kandidat der Gehilfenchaft sei, daß seiner Wahl aber die Zustimmung der Gehilfen nicht verlag werden.

Zu 3a. Für den Beiratsprüfungsausschuss sind gewählt: von Seiten der Arbeitgeber: Springer, Siebenfreund und Betriebsleiter Stock; von Seiten der Arbeitnehmer: Paul Hoffmann, Wilhelm Pödtke und Max Perlich.

Das Tarifamt bestatigt diese Wahl und setzt den Beiratsprüfungsausschuss ein.

Zu 3b. Als Stellvertreter für das Beschwerdeamt haben die Prinzipale gewählt die Herren Gorchalkin, Raczkiwicz und Jander.

Ihre Wahl wird bestatigt; sie werden in ihre Ämter eingesetzt.

Das Tarifamt nimmt ferner davon Kenntnis, daß Herr Schrob sein Amt als ordentliches Mitglied im Danziger Schiedsgericht niedergelegt und an Stelle von Herrn Dr. Hans Fuchs Stellvertreter geworden ist, und daß dieser das Amt eines ordentlichen Mitgliedes im Schiedsgericht übernommen hat.

Zu 4. Der Verhandlungsleiter gibt Kenntnis von einigen Antworten, die die Tarifamtsvorstehenden auf Anfragen von Prinzipalsmitgliedern erteilt haben.

Es werden einige Fälle von widerarbeitslicher Entlohnung von Beiratsmitgliedern bekanntgegeben, die Firmen sollen unter Hinweis auf § 3 Ziffer 3 des Danziger Vertrags zur Tarifbefreiung ermahnt werden.

Ein Sitzungsbericht des Überwachungsausschusses für den Arbeitsnachweis wird verlesen.

Die allgemeine Verbindlichkeitserklärung des Danziger Tarifamts ist in Nr. 26 des „Danziger Staatsanzeigers“ mit folgendem Wortlaut erlassen worden:

Der die „Vertragsgemeinschaft der Buchdrucker im Gebiete der Freien Stadt Danzig“ bildende Vertrag vom 1. November 1921 wird, da Einwendungen nicht erhoben sind, soweit in diesem Verträge Vorschriften zur Regelung des Arbeitsverhältnisses zwischen den Arbeitgeber und Arbeitnehmern enthalten sind, ausschließlich der Bestimmungen über Gehalts, für das gesamte Gebiet des Freistaats gemäß § 2 der Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 mit Wirkung vom 1. April 1922 für allgemein verbindlich erklärt.

Gleichzeitig erfolgt hiermit die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Lohntarifs für das Buchdruckergewerbe vom 14. Februar 1922 mit Wirkung vom 1. April 1922 ab für das Gebiet der Stadtgemeinden Danzig, Oliva und Sopot.

Danzig, den 22. März 1922.

Der Senat, Demobilmachungskommissar. Der Antrag auf allgemeine Verbindlichkeitserklärung der am 27. März in Kraft tretenden neuen Vereinbarung wird zugleich an den Demobilmachungskommissar gerichtet.

Der Gehilfenvorsitzende gibt davon Kenntnis, daß die freien Gewerkschaften beschlossen haben, am 1. Mai, um 1 Uhr mittags, allgemeine Arbeitsruhe einzutreten zu lassen. Es soll darauf Bedacht genommen werden, daß Störungen in der Fertigstellung von dringenden Druckarbeiten, besonders der Zeitungen, vermieden werden.

Der durch den Gehilfenvorsitzenden zum Vortrage gebrachte Antrag des Verbandes der Hilfsarbeiter, die Gehälter der Jugendlichen unter 16 Jahren auch vom Tarifamt zu regeln, findet keinen Anklang. Herr Krogoll sagt aber zu, die Frage im Vereine der Buchdruckerbesitzer zu behandeln.

### Wie lange noch?

Die letzte Tarifausschubung brachte uns eine Neuerung, die andre Berufe schon länger kannten, nämlich den Abschluß auf eine kurze Frist (einen Monat) ohne jegliche Kündigung. Dadurch und durch die Verkleinerung des Tarifausschusses ist der Lohnregelung in unserm Gewerbe etwas von ihrer Schwerfälligkeit genommen.

Und doch! Da ich diese Zeilen niederschreibe, ist gerade erst die halbe Zeitdauer des neuen Abkommens verstrichen und schon kehren wir vor dem . . . Nichts! War schon der Abschluß an sich durchaus und unbefriedigend (hier in Hamburg hatte die grobe Mehrzahl der Arbeiter im März schon einen um 100 Mk. höheren Wochenlohn als wir ihn für April beziehen), so sorgte die buchstäblich fälschliche Steigerung der Lebenshaltungskosten dafür, daß wir schon jetzt — in der Mitte der Abschlußdauer — nicht nur mit leeren Händen dastehen, sondern daß wohl kein Kollege davon verschont bleibt, Schulden machen zu müssen.

Einige Zahlen mögen diese Behauptung erhärten: Heute, am 12. April, kostet hier ein Pfund Mehl 11—12 Mk., ein Pfund Zucker 10 Mk., ein Pfund Margarine 35 bis 40 Mk., ein Pfund Schweinefleisch 40—45 Mk., ein Pfund Rindfleisch 37—40 Mk., 1 Pfund Kartoffeln 3,60 Mk. Das heißt also, während man 1914 für den Bruttolohn eines Buchdruckers rund 40 Pfund Margarine kaufen konnte, bekommt man heute nur 20 Pfund dafür. Bei

Mehl ist das Verhältnis 170:70 Pfund, bei Kartoffeln 680:260 Pfund usw. Daraus ergibt sich, daß unsere Lohn in Friedenszeiten recht bescheidene Lebenshaltung hat, vorzüglich gesprochen, um 50 Proz. verbleibend hat. Dazu kommen noch die hohen Steuerabzüge, die hohen Kohlen- und Gaspreise (hier kostet augenblicklich ein Zentner Briketts 60 Mk., 1 cbm Gas 4,50 Mk.) und die Steigerung der Friedensmieten ab 1. April um über 200 Proz. Wo Säuglinge im Hausballe sind, muß allein für Milch augenblicklich ein Betrag von über 100 Mk. wöchentlich aufgewandt werden (ein Liter 8,70 Mk.).

Fast alle andern Arbeiterkategorien, selbst die, die eine Zeitlang mit ihren Löhnen hinter uns zurückblieben, haben sich der Feuerung mittlerweile schon besser angepaßt als wir. Greichen auch nicht alle Arbeiter hier den Lohn der Bauarbeiter und verwandter Berufe (24 Mk. die Stunde), so bekommen die maßgebenden Arbeiterkategorien augenblicklich doch einen Stundenlohn von rund 20 Mk. Das bedeutet für uns wöchentlich ein Weniger von rund 200 Mk. Bei einer solchen kändigen Unterbilanz im Buchdruckerhaushalt ist natürlich nicht nur Meißer Schmalhans Küchenmeister, sondern die graue Seele drückt uns alle nieder und läßt keinen frohen Lebensmut mehr aufkommen. Das ist kein Leben mehr, sondern nur noch ein Begeistern.

Da fragen wir uns immer wieder: Wie lange noch? Wie lange noch sollen wir uns mit einem Lohne begnügen, der nicht einmal dazu langt, das nächste Leben zu stellen? Wo bleibt die Erneuerung der Kleidung, der Wäsche, des Apparates? (Die Einnahme des Winterbedarfs an Feuerung wird bei der notwendigen Summe von 4000 bis 5000 Mk. zu einer diktieren Unmöglichkeit!) Ganz zu schweigen von der geistigen Erholung durch Vorträge, Konzerte und Theater.

Die nach fast jeder Lohnregelung hier und da auftretenden lokalen Bewegungen sind als Weiterzeichen zu werten. Geht es den Gehilfenvertretern am 26. April nicht, endlich einmal zu erreichen, daß wir mit den übrigen Arbeitern in der Lohnfrage Schritt halten, so werden diese Weiterzeichen sich zweifellos vermehren.

Wir können es einfach nicht einsehen, daß gerade wir es sein müssen, die mit steigender Verelendung das Gewerbe „reinen“ sollen. Die ins Maßlose gestiegenen Preise für Papier, Farben und dergleichen werden von den Unternehmern fatalistisch als etwas Unabänderliches hingenommen; jede noch so geringe Lohnerhöhung soll aber den Ruin des Gewerbes bedeuten. Dabei sind Schriftgießereien und Maschinenfabriken voll auf beschlag, alle Aufträge (auch für das Inland) zu bewilligen.

Darum kann es auf die Frage: „Wie lange noch?“, wie lange noch soll dieser Weg, der uns immer weiter ins Verderben führt, weiter gegangen werden?, nur die eine Antwort geben: „Nicht länger mehr!“

Lassen sich die Unternehmer am 26. April nicht herbei, uns Löhne zu bewilligen, die ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein ermöglichen, dann wird bei immer mehr Kollegen der Glaube schwinden, daß die Tariftgemeinschaft in ihrer jetzigen Form ein brauchbares Mittel ist, uns vor Verelendung zu schützen.

Hamburg-Alfons. Wilhelm Martens.

### Unanfechtbare Tatsachen

Unsere Vertreter bei der demnächst stattfindenden Tarifausschubung wird die Antwortnote der deutschen Regierung auf die Entscheidung der Reparationskommission vom 31. März als unanfechtbarer Beweis dienen können, wie in Deutschland tatsächlich die Feuerung sich zu einer geradezu grauenhaften Höhe entwickelt hat. In der Note heißt es u. a.:

Die Feuerung ist von Woche zu Woche fortgeschritten. Sie beträgt für viele unentbehrliche Lebensbedürfnisse das 60- oder 70fache oder noch mehr. Selbst Brot, dessen Preis noch heute künstlich niedrig gehalten wird, war Ende März für die Verbraucher gegenüber der Zeit vor dem Kriege auf mehr als das 25fache gestiegen. Bei Kohlen trat eine Steigerung vom Januar bis Ende März einschließlich der Steuern von dem 35fachen auf das 60fache ein, bei Baumwolle eine solche von dem 65fachen auf das 95fache. Auch Saushaltungsgegenstände, Möbel, Wäsche usw. sind im März gegenüber Januar weiß über das Hundertfache gestiegen. Diese Feuerung hat zu einer erschreckenden Notlage weiter deutlicher Kreise geführt.

Die vom gelamten In- und Ausland anerkannte Aus-  
richtigkeit des Reichsanwalters Dr. Wirth, der diese an-  
geführten Sätze gegenüber der ganzen Welt mit seinem  
Namen deckt, wird wohl auch die Herren Prinzipale  
zwingen, an die tatsächliche Höhe der vorhandenen Steuer-  
ung zu glauben. Die unabwendbare Folgerung muß  
dann von ihrer Seite daraus gezogen werden, indem sie  
endlich einmal durch Abgabe der Höhe ihrer Ar-  
beitskraft an die Lebensnotwendigkeiten dieselbe vor dem  
immer kleineren Verfall in die Voreilung bewahren.  
Erlburg i. Br. P. K.

## Mißstände bei Stellenangeboten

Ein bei Stellenangeboten oft wiederkehrender Mangel  
ist das Verlangen an Einbindung von Nachbild, Zeugnis-  
abschriften usw., ebenso wird bei Angeboten auf Stellen-  
gesuchsinferate dieses Verlangen fast ausnahmslos gestellt.  
Selbstverständlich wird von den Stellensuchenden diesem  
Wunsch, in der Hoffnung auf baldige Erlangung einer  
neuen Position, fast ohne Ausnahme sofort entsprochen.

Wenn man nun bedenkt, daß den Stellensuchenden  
durch Erfüllung dieser Bedingung oftmals nicht unerheb-  
liche Ausgaben entstehen, wäre es doch nur recht und  
billig, wenn seitens der Firmen mehr Rücksicht geübt und  
den Respektanten nicht aufzudenken die Unterlagen mit  
entsprechendem Bescheid umgehend zurückgegeben würden.  
Seldr vergehen aber oft Wochen, bis Rückantwort er-  
folgt, wenn diese nicht (wie in den meisten Fällen) über-  
haupt ausbleibt. Die eingelangten Unterlagen werden in  
den seltensten Fällen zurückgegeben. Noch schlimmer ist  
es, wenn Originalzeugnisse, Satz- und Druckmuster usw.  
verlangt und eingeliefert werden. Ist die betreffende  
Firma bekannt und erfolgt Mahnung, so ist das Resultat  
meistens ebenfalls negativ. Sordelt es sich um ein Chiffre-  
inferat, so ist es überhaupt gewagt, eine Bewerbung mit  
Unterlagen einzureichen. Auch Bestätigung eines Frei-  
käuerts zur Rückantwort ändert nichts daran. Es wäre  
angebracht, wenn die Fachblätter bei Bekanntwerden  
solcher Fälle die säumigen Firmen namhaft machen würden,  
um eine Besserung herbeizuführen.

Ebenso wäre zu wünschen, wenn bei Chiffrestellen-  
angeboten die betreffende Gegend angegeben, bei Groß-  
städten die Stadt namhaft gemacht würde usw., damit im  
vorhinein zwecklose Bewerbungen unterbleiben oder sehr  
vielleicht unterbleibende Bewerbungen erfolgen können und  
somit Ärger und Zeitverschwendung sowie überflüssige Portis  
für beide Teile vermieden würden.

Erliebige Zug um Zug sowie klare, der Wahrheit  
entsprechende Angaben liegen im Interesse beider Teile,  
und es sei auch den Stellensuchenden dringend ans Herz  
gelegt, sich nur um Stellen zu bewerben, denen sie auch ge-  
wachsen, für die sie geeignet sind, sowie bei ihren An-  
gaben über sonstige Tätigkeiten, Ausbildung, Kenntnisse  
usw. sich streng an die Wahrheit zu halten, um bittere  
Enttäuschungen hinauszubehalten. Einer für viele.

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

■ Tarifkonflikte bestehen zur Zeit in Ostpreußen noch  
in Bartenstein, Pilskalien, Stallupönen und Wehau.  
Zugang nach diesen Orten hat zu unterbleiben. Bei Konditions-  
angeboten aus Ostpreußen ist unbedingt bei den zuständigen  
Organisationsstellen erst anzufragen.

W. Bezirk Bochum. Die erste Versammlung  
unseres Bezirks fand am 26. März nochmals am Vororte  
statt, doch soll die nächste an einem andern Bezirksorte  
stattfinden mit einem gleichzeitigen Ausflug in die Ruhr-  
berge. Um auswärtige Bezirksversammlungen abhalten zu  
können, wurde der Bezirkswochenbeitrag auf 50 Pf. er-  
höht. Bevor in die eigentlich reichhaltige Tagesordnung  
eingetreten wurde, gedachte der Vorsitzende dreier seit der  
letzten Versammlung verfallener Bezirksmitglieder. Auch  
dem verstorbenen Gauleiter der Hilfsarbeiterorganisation,  
Kollegen Bell, widmete er einen warmempfundenen Nach-  
ruf. Nach einem kurzen Abersicht der uns interessierenden  
Ereignisse der letzten Zeit schilderte Kollege Benner den  
Verlauf der Kreisamtsung in Köln, die sich mit dem  
Abbau der Endstufenzulage befassen sollte. Die plötzliche  
starke Anschwelung aller Lebensmittel und anderer Preise  
halte den Prinzipalen jeglichen Mut genommen, auf ihrer  
Abbauforderung zu bestehen. Nach dem Kasienberichte  
mit der üblichen Entlastung für den Kassierer gab Kollege  
Krill einen Bericht über Vorarbeiten zur Gründung  
einer freiwilligen Sterbehilfe nach dem Umlagenverfahren.  
Die Not der Zeit, vor allem das lurchbare Familienelend  
bei Krankheit und Sterbefällen erkennen, stimmte die  
Versammlung gern der Gründung dieser Kasse zu. Nach  
Ausprache über die Statuten in den einzelnen Ortsver-  
ein und dementsprechender redaktioneller Änderung der  
Statutvorlage soll die Kasse mit Wirkung ab 1. April  
ins Leben gerufen werden. Die Anträge zur General-  
versammlung wurden von den Kollegen Schneider und  
Müller begründet und nach langer Ausprache in ge-  
stellter Form angenommen. Bei der Besprechung über  
die Anträge zur Behebungsordnung rügte Kollege Benner  
die deplacierten Redensarten mancher Verbandsmitglieder  
in den Betrieben. Was standlos Heruntertreiben alles  
dessen, was manchem nicht in den Stram passe innerhalb  
des Verbandes, sei ein überaus lächerliches Beispiel für die  
Lehrlinge, die später einmal in unseren Reihen Aufnahme  
finden sollen. Als Kandidat zur Generalversammlung  
wurde Kollege Benner nominiert. Die Versammlung  
war gut, doch, trotzdem sie am Vororte stattfand, von den  
auswärtigen Kollegen präventual besser besucht.

Chemnitz. Eine eindrucksvolle Weishestunde ver-  
anlaßte der Lehrlingsauschuss der hiesigen Organisationen  
der Buchdrucker, Buchbinder, Steindrucker und Althor-  
graphen für ihre am 1. April in den Gebillensland tretenden  
Lehrlinge. Sie war gedacht, den jungen Weisillen den  
Widenschaft ihres Lebens als einen Tag der Erinnerung zu  
gestalten und ihn als neuen, wohl besseren, aber auch  
wirtschafflich schwereren zu bedenken. Dem jungen Nach-  
wuchs führte Gauverwalter Dähnel vom Buchdrucker-  
verbande die Weiszeit mit ihren Gefahren für die Jungen,  
auf seine Größe gestellten Menschen vor Augen, warnte  
im Hinblick auf die unreife Weisille umgebenden gesundheits-  
lichen Gefahren vor übertriebener, im Zuge der Zeit  
liegenden Spiel und Sport, was selber oft eine Vernach-  
lässigung der gewerkschafflichen Pflichten, besonders der  
jungen Weisillen, zur Folge hat. Die Weiszeit ist für die  
Weisilligkeit unter Berufle die Vorstufe zur Ausbildung  
der an uns gestellten technischen Erfordernisse; es gilt daher,  
die Möglichkeit der weiseren Verwirklichung in den  
bestehenden Fachvereinen zu suchen. Aber auch in allen  
wirtschafflichen und gewerkschafflichen Fragen müssen die  
jungen Weisillen das nötige Interesse zeigen, denn sie  
sind nunmehr mit berufen, an der wirtschafflichen  
Besserstellung der graphischen Arbeiterkassier in ihren  
Organisationen kämpfend teilzunehmen. Vorsitzender  
Zichunke begrüßte im Auftrag der graphischen Ver-  
bände die nun aus der Lehrlingsorganisation heraus-  
tretenden jungen Weisillen und sprach die Erwartung aus,  
daß die ihnen bereits angelebene gewerkschaffliche  
und allgemeine Vorbildung sich äußere in der Tat; das  
zu erfüllen versprach Kollege Bachmann im Namen  
seiner Mitauslernenden mit Worten des Dankes an die  
Leitung des graphischen Lehrlingsauschusses. Die Weis-  
zeit war von aufgeregten gesanglichen und musikalischen  
Darbietungen umrahmt.

Chemnitz. (Maschinenmeister — Vierteljahrs-  
bericht.) Mit der Generalversammlung am 21. Januar  
nahm das 25. Vereinsjahr seinen Abschluß. Vorsitzender  
Schulze berichtete in ausführlicher Weis darüber und  
brachte zum Ausdruck, daß der Vorstand und die Tech-  
nische Kommission bestrebt gewesen seien, die Vereins-  
abende interessant zu gestalten. Der Besuch hätte jedoch  
manchmal ein besserer sein können. Auf Antrag des Vor-  
standes und um den von der Zentralkommission gestellten  
finanziellen Anforderungen nachzukommen, beschloß man,  
den Monatsbeitrag auf 2 Mk. zu erhöhen. Der Gesamt-  
vorstand wurde mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden  
wiedergewählt. — Der am 25. Februar veranstaltete Tech-  
nische Diskussionsabend erfreute sich eines guten Besuchs.  
Kollege Naumann hielt einen sehr instruktiven Vortrag  
über „Papierformalnormung“. Außerdem gelangte auch  
der in einigen hiesigen Druckereien eingeführte Malsen-  
wärmer „System Suna“ zur Besprechung. Mit der im  
Randschreiben Nr. 7 der Zentralkommission gegebenen Be-  
gründung über die Abschaffung eines Maschinenmeister-  
kongresses und einer dafür einzugewandten Kreisvorsitzende-  
konferenz erklärte sich für die Versammlung einverstanden.  
Ferner erklärte sie sich für die Abhaltung einer von der  
Kreiszentrale Leipzig einzuberufenden Vorstandskonferenz  
der angeschlossenen Vereine. — Am 18. März erkreute  
uns Kollege Hallupp (Leipzig) mit einem interessanten  
Vortrag, an welchen sich eine sehr rege Ausprache an-  
schloß. Dem Referenten lie nochmals an dieser Stelle für  
seine lehrreichen Ausführungen gedankt. — Unser 25-jähriges  
Stiftungsfest findet am 6. Mai statt.

Dresden. Am 16. April 1870 trat der Seherkollege  
Louis Hellriegel sofort nach Beendigung der Lehre  
dem Verbands bei, leistete Beiträge bis zum 5. April  
1873 und reiste damals nach Italien, wo er sich den  
damals lokalen Organisationen und später dem italienischen  
Verband in Triest anschloß. Er glaube dort eine zweite  
Selmat gefunden zu haben. Seldr hat der Krieg diese  
Stiftungen zerstört. Kollege Hellriegel mußte Triest ver-  
lassen und befindet sich seit 27. November 1921 wieder  
in Deutschland. Es waren am 16. April 52 Jahre verstrichen,  
seit er der Organisation beitrug. Wir wünschen diesem  
alten Kollegen noch viele Jahre bester Gesundheit, die es  
ihm gestatten, in der alten Selmat seinen Lebensabend  
sorglos zu beschließen. Zu dem schon erwähnten fünfzig-  
jährigen Verbandsjubiläum des Kollegen Mar haben  
sich noch zu ergänzen, daß er bereits im zweiten Weisillen-  
jahr als Schriftführer in den Gauvorstand Ergebrige-  
Boalland gewählt wurde, ferner war er als Weisillter  
von Emden an der Gründung des Nordwestgaues teil.  
Der Kollege Hermann Schwaibe feiert sein 50-jähriges  
Verbandsjubiläum am 26. Mai.

W. Düsseldorf. (Maschinenmeister — Vierteljahrs-  
bericht.) Die Generalversammlung am 5. Februar war  
nur mäßig besucht. Der Jahresbericht lag gedruckt vor.  
Sonntagsarbeit existiert hier noch wie vor nicht. Fast alle  
Kollegen erhalten einen Maschinenlehraufschlag von 54 Mk.  
Die Kassenverhältnisse sind verhältnismäßig gut. Mitglieder-  
bestand 80. Die Versammlung beschloß sich Johann mit  
den Weisillten der Essener Generalversammlung vom  
29. Januar, die eine rege Debatte zollten. Bei der nun  
folgenden Vorstandswahl lebte der bisherige Vorsitzende,  
Kollege Friedrichs, eine Wiederwahl ab. Auch an dieser  
Stelle lie anerkannt, daß ihm keine Arbeit für seine Kol-  
legen und die Sparle zu viel war und er sich ganz in  
den Dienst der Sache stellte. Als Vorsitzender wurde Kol-  
lege Limm gewählt; der bisherige Kassierer und der Schrift-  
führer wurden wiedergewählt. Ein Kollege wurde auf-  
genommen. — Die Versammlung vom 5. März war nur  
von kurzer Dauer, da der Bericht von der Berliner Ma-  
schinistenkonferenz noch nicht vorlag. Die Technische  
Kommission wurde wiedergewählt und beschloß, diese  
auf eine andre Grundlage zu stellen. Sie wird nach  
einem etwas ausgefallenen Programm arbeiten und be-

strebt sein, die Technische Kommission auf die Höhe anderer  
Großstädte zu bringen. Ein Kollege wurde aufgenommen. —  
In der Versammlung am 26. März wurde zunächst Be-  
richt über den Vorstandskonferenz in Berlin und Düsseldorf  
erstattet und mit größtem Interesse entgegengenommen.  
Wissillig wird erwartet, daß deren Beschloß günstige Er-  
gebnisse zeitigen. Sodann wurde das Ergebnis des Tarif-  
auschusses besprochen. Es wurde festgestellt, daß die heraus-  
gebrungenen 10 Mk. für die Maschinenlehre keine „we-  
tere“ Aufschlagserhöhung, sondern nur einen Ausgleich  
für die Weisillterung darstellt. Der Maschinenlehre-  
aufschlag beträgt nach wie vor rund 7 Proz. Auf „Zell-  
schrift“ steht die Prinzipalität „grundständig“ auf dem  
Standpunkte, daß der ursprüngliche Maschinenlehrelohn  
und die Feuerungszulage auselanderzubehalten sind. Dieser  
„Grundlohn“ führt bei der ständigen Geldwertminderung letzten  
Endes dazu, daß die Maschinenlehre für den Aufschlag  
nichts mehr kaulen können, da er nur noch einen kaum  
wert von wenigen Pfennigen hat. Eine weitere Folge  
ist eine große Überflutung mit Seismalchinen und  
große Arbeitslosigkeit der Handlehre. Die Düsseldorf-  
er Maschinenlehre können die Bewilligung von 10 Mk. nur  
als höchst unzureichend bezeichnen. In der bestimmten  
Erwartung, daß die Zentralkommission und die auf der  
Berliner Konferenz gewählte Kommission sofort wirksame  
Schritte unternimmt, nahmen die Düsseldorf-er Maschi-  
nenlehre zunächst eine abwartende Haltung ein. Beschloß  
wurde Johann, eine Lohnstatistik aufzustellen. Des we-  
teren wurde wiederum ein Kollege aufgenommen.

Hamburg. Sein 50-jähriges Berufs Jubiläum be-  
geht am 1. Mai der Monatspfeiler Louis Krüger.  
Kollege Krüger lernte von 1872 bis 1876 in der Druckerei  
von A. Podwitz in Stade, ging dann auf die Wander-  
schaft und arbeitete in Siekin und in der Schweiz (Winter-  
thur). Seit 1880 konditionierter Kollege Krüger in der  
„Hamburger Börsehalle“. Seit September vorigen Jahres  
ist der Jubilar leider schwer erkrankt. Möge ihm baldige  
Genehung bescheiden sein!

Leipzig. (Schriftschneider.) In unrer Versamm-  
lung am 16. März gab der Vorsitzende zunächst einige  
interne Vorgänge bekannt, insbesondere über die Be-  
mühungen des Vorstandes bezüglich der Vermittlung von  
Arbeitskräften, die noch außerhalb des Berufes stehen.  
Ferner nahm die Versammlung Kenntnis von dem Frank-  
furter Abkommen. Einige der darin enthaltenen Bestim-  
mungen riefen besonderes Mißfallen hervor. In der Frage  
der Abhaltung einer Schriftschneiderkonferenz war bisher  
noch keine Entscheidung getroffen worden. Es erfolgte  
Johann die Wahl eines Kollegen als Vertreter in den  
Schriftschneiderverband und eines andern Kollegen als Ver-  
treter in den Bildungsausschub. Mit dem Hinweis auf  
ein stets einiges Zusammenarbeiten schloß der Vorsitzende  
die gutbesuchte Versammlung.

Ludwigshafen a. Rh. Die Hauptversammlung  
unseres Bezirksvereins am 5. März war nicht gut besucht.  
Die Tagesordnung wußte sofort eine größere Stützung da-  
durch, daß fünf Punkte, die sich mit den Finanzen be-  
zogen, auf die nächste außerordentliche Bezirksversamm-  
lung verlagert wurden. Zur Aufnahme waren zwei  
Kollegen gemeldet, einer davon wurde einstimmig auf-  
genommen, die Aufnahme des andern wurde nochmals  
zurückgestellt. Aus der Vorstandswahl ging Kollege  
Th. Michel als erster Vorsitzender hervor. Der Punkt  
„Johannisfest“ löste eine längere Debatte aus. Zum  
Schlus gab es nochmals heisse Köpfe, indem auf unsern  
„horrenden“ Verdienst hingewiesen wurde, und es wurde  
verlangt, daß möglichst bald der Tarifauschub uns einen  
Ausgleich schafft. Mit der Mahnung an die Kollegen,  
die Versammlungen besser zu besuchen, schloß der Vor-  
sitzende die Versammlung.

W. Mainz. In die Reihe der Verbandsreferenten  
tritt am 1. Mai Kollege August Richard Knegein.  
Geboren am 16. April 1854 zu Biebrich, kam er 1868  
in die Lehre in die damals Hellermannsche Druckerei (seit  
Oskar Schneider) in Mainz; sofort nach Beendigung seiner  
Lehre trat er am 1. Mai 1872 dem Verbands bei, dem  
er nun ununterbrochen 50 Jahre angehört. Sura vor Be-  
endigung des Neunhundertkampfes, am 8. Januar 1892,  
trat Kollege Knegein in die Druckerei der „Mainzer  
Volkszeitung“ ein, woselbst er noch heute konditioniert. In  
früheren Jahren bekleidete der Jubilar die verschiedensten  
Ehrenämter in der Organisation, und auch heute noch,  
trotz seiner beinahe 70 Jahre, lebt er in keiner Versamm-  
lung, bei keiner Veranstaltung der Mainzer Buchdrucker;  
ein Vorbild für viele jüngere und — ältere Kollegen.  
Wir wünschen dem lebenswürdigen Kollegen und väter-  
lichen Freunde noch recht viele Jahre ungetrüben Erden-  
wallens.

Mainz. (Bezirksversammlung am 8. April.) Auf-  
genommen in die Organisation wurden sieben Kollegen.  
Vorsitzender Weisill machte auf den erhöhten Verbands-  
beitrag aufmerksam und die daraus sich ergebenden Unter-  
stützungslage, was bei der Versammlung Anerkennung  
fand. Nachdem referierter Stadtvorordener Kollege Ebng  
über ein sehr aktuelles Thema: „Wirtschaffskragen“. Der  
Referent fand eine aufmerksame Zuhörerchaft, und es  
wurde ihm an Schluß seiner Ausführungen lebhafter Beifall  
zuteil. Sierauf nahm die Versammlung Stellung zu  
dem neuen Wohnabkommen. Die Tätigkeit der Weisill-  
tervertreter wurde anerkannt, aber keineswegs könne das  
Ergebnis befriedigen, da man damit kaum das nachste  
Leben stellen könnte, und verspreche man sich nur eine Ver-  
besserung unserer Lebenslage von der geltenden Lohnstatil.  
Ebenso beschloß sich die Versammlung eingehend mit  
dem bevorstehenden Gaufrage. Nach Erledigung solcher  
Angelegenheiten und einem Appell zum 1. Mai, dem Weis-  
illtertag des Provinzialrats, schloß der Vorsitzende die an-  
gelegte verlaufene Versammlung.



# Bereinigung der russischen Seher in Berlin

Sonntag, den 23. April, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Chausstraße 2:

## Monatsversammlung

Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder erwartet Der Vorstand.

**Langenscheidts Taschenwörterbücher**  
mit Angabe der Aussprache nach der Methode Toussaint-Langenscheidt.  
Die zuverlässigsten und preiswertesten Wörterbücher für alle wichtigen modernen, für die alten Sprachen und für Deutsch. — In jeder Sprache für- und für-Handlung vorrätig.  
Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung  
(Prof. G. Langenscheidt), Berlin-Schöneberg.  
Hinselndude 73 Mk.  
Doppelt. 116,50 Mk.

Verlangt geg. Nachr. höflich sein, sehr, etwa 9 Wb. 21,45 Mk. aller. Feilkauf p. Wb. 25,95 Mk. Prima Almburger Käse 9 Wb. p. Wb. 26,75 Mk. La Markkäse 70 Wb. Robert Bierling, Hamburg 22 A. (100)

## Linotypeseher

mit längerer Praxis zu sofortigem Eintritt gesucht. 1187

## Maschinenmeister

(Farbendrucker), der wirklich gute Arbeiten liefert, bei guter Bezahlung gesucht. Gottfried Seitz, Magdeburg-G.

## Maschinenmeister

Herrn, die wirklich laudere Arbeiten herstellen können und denen an einer wirklich selbständigen, angenehmen, dauernden Position gelegen ist, wollen ihre Angebote richten an: „Halbheimer Wochenblatt“, Axel Mäcker Nachf. (Alfred Gleichberg), Halbheim i. Erggeb.

## Zweiter Schriftgießerkfaktor

für kleinere Gießerei gesucht. 1170  
Ausführliche Angebote unter L. G. 935 an  
H. K. Baasjenstein & Wegler, Berlin W 35, Potsdamer Straße 24.

## Schriftseher

22 Jahre alt, firm in allen vorkommenden Schriften, mit Schreibmaschine, Stenographie und Buchführung vertraut, sucht sich als Stütze des Chefs

## Telephonstenograph

in größerer Stellung annehmen. Hamburg erwünscht, jedoch nicht Bedingung. Geht. Offerten mit Angabe des Gehalts und näherer Bedingung erbeten unter H. K. Nr. 191 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Salomonstraße 8.

## Seherstereotypen

19 Jahre alt, bewandert im Setzungs-, Insertensatz und in der Flachstereotypie, sucht Stellung

Egal wohin! Egal wohin!  
Geht. Offerten erbeten an  
Mihof, München, Schwindstraße 25 II, 1181

## Scheintod-Gaspisole!

(D. R. P.)  
Bester Selbstschutz und Verteidigungswaffe. Behördlich anerkannt. Der Angreifer 6 Minuten kampfunfähig, also nicht tödlich. Jede Frau und jeder Mann muß eine Schutzwaife haben. Preis: 3,50 Mk. gegen Einsendung des Betrags durch den Wanderverlag, Schwerin i. M., No. 1149.  
Neu! Ohne Waffenschein! Neu! Verkaufsb. „International“, Neubölln 5.

So interessant!  
Nr. 4  
„Der Reisegenosse“  
die Monatschrift aller fahrenden Gesellen, Touristen, Fernreisenden etc. etc. Preis: 3,50 Mk. gegen Einsendung des Betrags durch den Wanderverlag, Schwerin i. M., No. 1149.

Verbandsnadel (B. D. D. N.) in empfindlich st. Siegel, München 9.

## Ortsverein Erfurt

Donnerstag, 20. April, abends 7 1/2 Uhr, im Saale bei Steiniger (Predigerstr.)  
Mitgliederversammlung  
Tagesordnung: 1. Jahresbericht vom März, 2. Erledigung zweier Aufnahmegeruche, 3. Bericht vom Vorstand, 4. Erhebung eines Beitrags zur Stärkung der Dreiklasse, 5. Vereinsmitteilungen.  
Pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwartet Der Vorstand.

## Berliner Korrekturenverein

Sonntag, den 23. April, abends 7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Alexandrinenstraße 44:  
Versammlung  
Tagesordnung: 1. Neuaufnahmen, 2. Vereinsmitteilungen, 3. Verchiedenes. Pünktliches und pünktliches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

## Mhlen und Binzetten

Zurichtmesser und Scheren sowie alle Verfertiger für Scher u. Drucker empfiehlt St. Siegel, München 9. — Katalog 1 Mk.

„Typographia“ Berlin  
Sonntag, den 23. April, vormittags 10 Uhr, im „Klubhaus“, Chausstraße:  
**Generalversammlung**  
Tagesordnung: Jahresbericht, Vereinsmitteilungen: Erhöhung der Beiträge, Aussprache über die fernere Veranstaltung von Konzerten und sonstigen Festlichkeiten, Sommerausflug nach Oberwald. — Verchiedenes. (200) Pünktliches und pünktliches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

**Jeder Notgeldsammler**  
der sich ständig über die Anschaffungshofen seiner Sammlung klar sein will, sollte sich das in meinem Verlag erscheinende

**Merkbuch für Notgeldsammler**  
112 Seiten stark, zum Preise von 24 Mk. für 26,50 Mk. portofrei bestellen.  
Verlangen Sie bitte Prospekt! 20

„Einiges über Notgeld“  
gegen Einsendung von 1 Mk. portofrei

**Victor Engelmann, Kiel**

**Sicherheitskassen**  
für Benzin usw. in Messingausführung liefert  
Wegner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112.

**Zurichtmesser und Scheren**  
Zahlen und Nuzellen sowie alle Werkzeuge für Seher und Drucker empfiehlt St. Siegel, München 9. Katalog 1 Mk.

Für die vielen Geschenke und Ehrungen, die mir anlässlich meines 50jährigen Berufsjubiläum von nah und fern, speziell von den Kollegen, Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Druckerei u. Strichhofen sowie meinen Herren Oberst A. Forsberg & Sohn, dem heiligen Gausvorstande, dem Vorstande der Sandverkehren in Berlin, den Herren Prinzipalbesitzern im Gehilfenprüfungsausschuss sowie dem Gesangsverein „Frühling“ (Eilenfelder) meinen  
**herzlichsten Dank!**  
Berlin, im April 1922.

Anlässlich meines 50jährigen Berufsjubiläum sind mir viele Anerkennungen und Ehrungen zuteil geworden, doch ich nur imstande bin, auf diesem Wege allen denen, die meiner Freundlichkeit gedacht, den  
**herzlichsten Dank**  
auszusprechen. 1182  
Breslau.  
Stark Fiedler.

Für die zahlreichen Geschenke, Glückwünsche und Ehrungen, die mir zu meinem 50jährigen Berufsjubiläum zuteil geworden sind, sage ich allen, speziell dem Vorstande des Gaues Hamburg-Altona meinen  
**herzlichsten Dank!**  
Altona, G. Ernsberger.

Ihren lieben Kollegen  
**Max Haden**  
zu seinem 50jährigen Verbandsjubiläum die  
**herzlichsten Glückwünsche.**  
Dresden, 20. April 1922.  
Die Kollegen der „Dresdener Neuesten Nachrichten“.

Anlässlich meines 50jährigen Berufsjubiläum, welches am 1. April von der Wfzln, am 3. April vom Gesangsverein „Gutenberg“ in Verbindung des Ortsvereins begangen wurde, sage ich allen Kollegen, Freunden und Bekannten von nah und fern, die mich in so reichem Maße mit Geschenken und Glückwünschen beehrt haben, herzlichsten Dank. Ich bin mir nicht möglich, diesen Liebe und Unabhängigkeit Ausdruck zu geben und deshalb sage ich mich, dem Gesangsverein „Gutenberg“, seinem wackeren Dirigenten mit seinem lieben Sinderchor für die reichen Gedenkspenden, die mir unvergänglich bleiben werden, herzlichst zu danken, ebenso der Geschäftsleitung und engeren Kommission der Firma Wb. Gerlich, dem Gausvorstande, den langjährigen Freunden Franz Weisbach (Bremen), Otto Kemm (Eisen), den Jungbuchdruckern für die hübsche Arbeit, die vereinigten Stereotypen und all den vielen andern, allen nochmals  
**herzlichsten Dank!**  
Düsseldorf, den 11. April 1922.  
H. Weller, Buchdrucker, Krämerstraße 10 III.

**Zigarettenmaschine „Elos“**  
verfügt nicht zum Kleben der Hülle u. Stopfen derselben mit feiner Tabakpulver nur einige Handgriffe erforderlich. Billiges Rauchen! Preis 12,50 Mk. (Porto extra) gegen Nachnahme Elos-Vorstand, Berlin SW 61, Postfach 11.  
Für die zahlreichen Ehrungen beim Hinscheiden unseres lieben Vaters, des Schriftsehers  
**Adolf Zoch**  
lagen wir nur hierdurch allen seinen lieben Kollegen und Kolleginnen unsere tiefgefühlten Dank.

Am 11. April verstarb plötzlich am Herzschlag unter verehrter Entschel, Herr  
**J. Burdhardt**  
Die guten Eigenschaften des Verstorbenen als Mensch und Prinzipal sichern ihm ein bleibendes Andenken.  
Das Personal der Schriftseherei J. D. Brenner & Sohn, Altona a. d. G.

Am 1. April verstarb nach langem schweren Leiden in seiner Heimat Alstedt der Seher 1175  
**Heinrich Dreumann**  
im Alter von 21 Jahren.  
Wir werden diesem braven Kollegen ein dauerndes Andenken bewahren.  
Ortsverein Jena.

Am 1. April verstarb nach langem, qualvollem Leiden unter Mitglid, der Galvanoplastiker  
**Richard Lungwitz**  
im Alter von 39 Jahren. 1196  
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.  
Berliner Stereotypenverein.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag, dem 14. April, verstarb unter geschätzter Kollege, der Korrekteur  
**Karl Ellmann**  
Der Verstorbenen war Mitbegründer unseres Vereins und nahm durch regen Teilnahme an dem 72. Jahre, seinen Anteil an den Belohnungen des Vereins. Wir werden ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken bewahren.  
Leipziger Korrekturenverein.

Am 10. April verstarb nach kurzem Krankenlager an einem Schlaganfall unser wertes Mitglied, der Seher 1193  
**Ernst Fuhrmann**  
72 Jahre alt.  
Wir werden dem Verstorbenen ein treues Andenken bewahren.  
Bezirksverein Raumburg a. d. G.

Am 8. April verstarb nach Herzschwäche unter lieber Kollege, der Korrekteur 1183  
**Peter Modemann**  
aus Altona, im Alter von 54 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Bezirksverein Altona, Altoner Korrekturenverein.

Am 10. April verstarb nach kurzem Krankenlager an einem Schlaganfall unser wertes Mitglied, der Seher 1193  
**Ernst Fuhrmann**  
72 Jahre alt.  
Wir werden dem Verstorbenen ein treues Andenken bewahren.  
Bezirksverein Raumburg a. d. G.

Am 16. April verstarb im Alter von 45 Jahren an den Folgen einer Magenoperation unser lieber Kollege, der Seher  
**Johannes Enger**  
aus Göttingen bei Sirefeld. 1209  
Seine stets tätige Anteilnahme am Verbandsleben ließ ihn trotz des lebenden Zustandes noch während der Sirtegezeit die Führung der Bezirksstelle übernehmen.  
Ein ehrendes Gedenken bewahren ihm  
Der Bezirksverein Sirefeld.

Am 8. April verstarb unser lieber Kollege und Mitarbeiter, der Korrekteur 1176  
**Peter Modemann**  
im Alter von 56 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Das Personal der Firma Greven & Beschhold, Altona a. d. G.

Am 11. April verstarb nach schmerzvollem Leiden unser lieber Kollege, der Drucker 1188  
**Heinrich Wof**  
aus Rostock, im 45. Lebensjahre.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Am 11. April verstarb nach schmerzvollem Leiden unser lieber Kollege, der Drucker 1189  
**Heinrich Wof**  
aus Rostock, im 45. Lebensjahre.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Maschinenmeisterverein Hamburg-Altonaer Buchdrucker.

Am 13. April verstarb nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege, der Schriftseher 1202  
**Franz Zoh**  
im Alter von 34 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Orts- und Bezirksverein Münster i. W.

Am 13. April verstarb plötzlich infolge Lungenblutungen der Seher  
**Franz Zoh**  
im 34. Lebensjahre. 1203  
Ein ehrendes Andenken bewahren dem zu früh Verstorbenen  
Die Mitglieder der Händedorffischen Buchdruckerei, Münster i. W.

Am Montag, dem 10. April, verstarb nach längerer Krankheit unser lieber Kollege, der Seher 1195  
**Wilhelm Pfeffer**  
aus Witten, im 33. Lebensjahre.  
Ehre seinem Andenken!  
Ortsverein Witten, Bezirksverein Bochum.

Am 8. April verstarb nach schwerem Leiden (Blasenkrebs) unser lieber Kollege, der Korrekteur 1201  
**Hermann Kuschky**  
aus Thorn, im 72. Lebensjahre.  
Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.  
Ortsverein Oberfeld.

Am 16. April verstarb im Alter von 45 Jahren an den Folgen einer Magenoperation unser lieber Kollege, der Seher  
**Johannes Enger**  
aus Göttingen bei Sirefeld. 1209  
Seine stets tätige Anteilnahme am Verbandsleben ließ ihn trotz des lebenden Zustandes noch während der Sirtegezeit die Führung der Bezirksstelle übernehmen.  
Ein ehrendes Gedenken bewahren ihm  
Der Bezirksverein Sirefeld.

# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummer 50 Pfennig. Portobetrag für die Zustellung extra. Vorauszahlung Bedingung.

Beilage zu Nr. 46 — Leipzig, den 20. April 1922

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## Zum Referentenentwurf des Arbeitsgerichtsgesetzes

Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht.  
Artikel 157 Abs. 2 der Reichsverfassung.

Aber zwei Jahre sind seit dem denkwürdigen Tage der Annahme der Verfassung der deutschen Republik vergangen. Vieles wurde in der Reichsverfassung versprochen — doch leider sehr wenig gehalten. Uns als Arbeiter interessiert heute vor allem der vorstehend angelegene Artikel 157 der RV. Zu einem einheitlichen Arbeitsrecht gehört eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Arbeitsgerichtsbarkeit. Bereits im vorigen Jahre beschäftigte sich der Deutsche Städtetag und der Deutsche Juristenkongress mit dem Problem der kommenden Arbeitsgerichte. Beide sprechen sich für Angliederung der Arbeitsgerichte an die ordentlichen Gerichte aus.

Während der Deutsche Städtetag wegen der erheblichen hohen Kosten einheitlich für die Angliederung an die ordentlichen Gerichtsbarkeit war, gab es auf dem Deutschen Juristenkongress stark geteilte Meinungen. Weilsichtige Juristen geben offen zu, daß die ordentlichen Gerichte nicht in der Lage seien, die Aufgaben der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu erledigen. Führende Juristen, u. a. der Reichsjustizminister a. D. Dr. Seine und der Senatspräsident Dr. Lobe, sind der Auffassung, daß die Amtsgerichte zur Zeit nicht in der Lage sind, schnelle und billige Justiz zu leisten. Ebenso libell der Magistratsrat Dr. Landsberger (Berlin) in einem Artikel in Nr. 6 des „Reichsarbeitsblattes“ aus:

Wenn es auch leicht noch der Justiz gelingen sollte, die Arbeitsgerichte den Amtsgerichten irgendwo einzugliedern, die Entwicklung führt von selbst und zwingend zur „Schaffung einheitlicher Arbeitsbehörden“. Deshalb sind meines Erachtens zwei Theesen aufzustellen:

I. Die Justiz ist — jedenfalls zur Zeit — nicht in der Lage, die billige und schnelle Rechtsprechung und Schlichtungsfähigkeit in der Gerichtsbarkeit und in der Gerichtssitzung zu leisten, die die Arbeitsgerichtsbarkeit erfordert.

II. Selbst wenn die Justiz jetzt oder später einmal dazu imstande wäre, ist die Schaffung einheitlicher Arbeitsbehörden vorzuziehen.

Trotz vieler, leider vieler Meinungen, wie sie von den vorstehend genannten drei Juristen vertreten werden, stellt sich der im Dezember 1921 im Reichsarbeitsministerium fertiggestellte Referentenentwurf für ein Arbeitsgerichtsgesetz auf den Boden der Angliederung der Arbeitsgerichte an die ordentliche Gerichtsbarkeit. Was uns als Arbeitnehmer mißfallen würde, wenn der Entwurf Gesetz werden sollte, kann sich jeder Kollege selbst ausmalen. Gutes wird es aber bestimmt nicht sein. Zweck meines Artikels soll es sein, den hauptsächlichsten Inhalt des Entwurfs zu kennzeichnen und klarzulegen zu versuchen, wenn wir als Arbeitnehmer den Entwurf in seiner letzten Fassung unbedingt ablehnen müssen.

Nach § 1 des Entwurfs sollen die Arbeitsgerichte bei den Amtsgerichten durch die Landesjustizverwaltung im Einvernehmen mit der obersten Landesbehörde für Sozialverwaltung errichtet werden. Wenn es mit mehr als zwei Vorstehenden befehligt ist, dann soll es auf Antrag der obersten Landesbehörde für Sozialverwaltung als selbständige Abteilung des Amtsgerichten angegliedert werden. Die Dienstaufsicht soll, soweit sie der Zentralbehörde zusteht, nach § 2 im Einvernehmen mit der obersten Landesbehörde für Sozialverwaltung geführt werden. Der Reichsminister der Justiz kann im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsministerium mit Zustimmung des Reichsrats allgemeine Anweisungen über die Dienstaufsicht und die Geschäftsführung der Arbeitsgerichte erlassen. Nach § 9 soll das Arbeitsgericht aus einem planmäßigen Richter des Amtsgerichts als Vorstehendem und zwei Beisitzern (je ein Arbeiter- und Unternehmervertreter) bestehen. Den Vorstehenden bestellt nach § 10 die Landesjustizverwaltung im Einvernehmen mit der obersten Landesbehörde für Sozialverwaltung. Zum Vorstehenden sollen nur solche Richter bestellt werden, die ausreichende Kenntnisse und Erfahrungen auf arbeitsrechtlichem und sozialem Gebiete besitzen. Die Beisitzer werden nach den Grundrissen der Verhältnismäßigkeiten, gebührender Wahl gewählt. Die beim Inkrafttreten des Gesetzes im Amte befindlichen oder innerhalb der letzten drei Jahre vor Inkrafttreten des Gesetzes ausgeschiedenen ständigen Vorstehenden der bisherigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sollen nach § 92, sofern sie dieses Amt mindestens drei Jahre hindurch ausgeübt haben, auf Antrag auf Lebenszeit als Vorstehende des Arbeitsgerichts übernommen werden. Der Antrag kann nur im Einvernehmen mit der obersten Landesbehörde für Sozialverwaltung abgelehnt werden. Die übernommenen Vorstehenden haben Rechte und Pflichten der staatslichen Beamten.

Die Sondergerichtsbarkeit auf sozialem Gebiete, die sich drei Jahrzehnte hindurch glänzend bewährt und sich das Vertrauen der Arbeiter errungen hat, soll durch den neuen

Gesetzentwurf befeitigt werden, angeblich weil die Einheit der Justiz hergestellt werden soll. Zur Begründung dieser Maßnahme wird die Ausdehnung der Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte auf nichtstaatliche Bezirke, wo bisher solche Gerichte nicht bestanden, und auf einige Gruppen von Streitigkeiten, für welche bisher noch die ordentlichen Gerichte zuständig waren, angeführt.

Die territoriale Erweiterung der Aufgaben der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte könnte gewiß als stark ins Gewicht beizugehen werden, die sachliche Erweiterung der Aufgabenkreise ist aber so gering, daß man darüber im Reichsarbeitsministerium keine so großen Worte verlieren sollte. Begründend wird weiter erklärt, daß die Sondergerichtsbarkeit mit dem Prinzip der Staatshoheit und Staatsgewalt nicht in Einklang zu bringen sei und früher oder später zur Auflösung des Staatsgedankens führen müsse. Diese Begründung kann auf den denkenden Arbeitnehmer nur lächerlich wirken, denn wir wissen, daß gerade die Arbeitnehmer die stärksten Vertreter des Staatsgedankens sind. Dieser Staatsgedanke der Arbeitnehmer hat sich nicht nur im Gegenlage zu den Landesjustizverwaltungen und trotz der Sondergerichtsbarkeit, sondern auch auf Grund der Sondergerichtsbarkeit entwickelt. Der neue Rechtsstaat erhält seinen elementarsten Willensausdruck gerade durch das neue, sich entwickelnde Arbeitsrecht. Und neben den Gewerkschaften sind die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte die Schöpfer und Träger des neuen Arbeitsrechts. Das neue Arbeitsrecht ist ja noch in voller Entwicklung und bedarf der verständnisvollen Mitarbeit aller Kreise des wirtschaftlichen Erwerbslebens, in der nicht juristischer Formalismus, sondern sachliches Verständnis entscheidend sein muß. Also, nicht die seit drei Jahrzehnten bewährte und sich des größten Vertrauens erfreuende soziale Rechtsprechung hat den Staat an den Rand des Abgrundes gebracht, sondern gerade die zukünftige Justiz mit ihrer rücksichtslosen Ausdehnung des Staatsideals war es. Nicht der Staatsgedanke wird durch die Erweiterung der Aufgaben der Arbeitsgerichtsbarkeit gefährdet, sondern lediglich der Einfluß der vom Eigentums- und Strafrecht stark beherrschten bürgerlichen Justiz auf das neue Arbeitsrecht wird ausgeschaltet.

Da anstehend den Freunden der Angliederung diese Gründe selbst nicht ganzlich schlagend erscheinen, so führen sie noch nachstehende Argumente ins Feld: Gerade weil die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sich bewährt und das Vertrauen der breiten Masse der Bevölkerung erworben haben, dagegen das Vertrauen zu den ordentlichen Gerichten immer mehr schwindet, müsse man die Vereinigung beider wünschen, damit die ordentlichen Gerichte das werden könnten, was die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte heute sind. Mit den Beisitzern werde eine starke Brücke in die Abgeschlossenheit der ordentlichen Gerichte geschlagen. Die Beschäftigung mit Arbeitsstreitigkeiten werde die Richter dem „Volke“ wieder näher bringen und durch Übernahme der bewährten Arbeitsrichter auf die Amtsgerichte könne ein gescheiterer Stamm jüngerer Juristen herangebildet werden, der für eine soziale Rechtsprechung Gewähr biete. Der Entwurf enthalte alle Garantien dafür, daß dieses Ziel erreicht werde, insbesondere solle das Einvernehmen mit der obersten Landesbehörde für Sozialverwaltung dazu dienen, diesen den erforderlichen Einfluß auf die künftigen Arbeitsgerichte zu sichern.

Auch dieser schöne Vorwand kann für uns Arbeiter nicht beeinflussend sein. Er kann uns nicht zu Anhängern der Angliederung bekehren. Es mag ja eine große Ehrung für uns sein, daß man unsre bewährten Arbeitsrichter und auch die Beisitzer als Erzieher für junge Juristen, zukünftige Arbeitsrichter, anerkennen will. Ich kann mir aber lebhaft vorstellen, wie diese Erziehungsbildung sich in der Praxis darstellen würde. Die Dienstaufsicht der Landesjustizverwaltung würde bestimmt dafür zu sorgen wissen, daß die Rollen bald vertauscht, daß die jungen Juristen nicht Lehrlinge, sondern die Ausschlaggebenden, die Maßgebenden sein würden. Und welchen Vorteil hätten wir als Arbeiter? Nur den einen: Daß wir mit Operation unserer Gerichte die gesamten Kosten bezahlen und durchaus nichts mehr zu sagen hätten. Unfre Arbeitsgerichte würden bald in demselben Fahrwasser liegen wie die heutige Justiz. Was dies bedeutet, kann sich jeder Kollege selbst ausmalen, dieser kurze Hinweis dürfte als Anregung genügen. Die Dienstaufsicht der Landesjustizverwaltung soll allerdings im Einvernehmen mit der obersten Landesbehörde für Sozialverwaltung ausgeübt werden, aber der Einfluß der letzteren wird gewiß sehr minimal sein. Zunächst werden alle sozialen Gerichte mit einem bis zwei Vorstehenden in die Amtsgerichte aufgehen und nur für größere wird eine selbständige Abteilung gebildet werden. Die Vorstehenden der Arbeitsgerichte werden der Landesjustizverwaltung von den Landesgerichtspräsidenten in Listen vorgeschlagen; und schon die Landesjustizverwaltung wird wenig an diesen Listen ändern können. Wie soll nun erst die oberste Landesbehörde für Sozialverwaltung, der die meisten der Vorgeschlagenen gar nicht bekannt sein dürfte, eine Änderung vornehmen können? Als einzige Ausnahme wird sie einige ihr bekannte Namen auf die Liste setzen können. Eine weitere

Frage ist, ob die bisherigen Vorstehenden der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, auf welche die Voraussetzungen des § 92 zutreffen, bereit sind, als Arbeitsrichter in Staatsdiensten zu treten. Wie von ihnen stehen im Gemeindegeld usw. in Gehaltsklassen, die sie als Arbeitsrichter nie erreichen können. Und selbst, wenn ausnahmsweise das bisherige Gehalt weitergezahlt würde, dann müßten sie auf die sonst gegebenen Aufwandsmöglichkeiten verzichten. Wer von diesen Herren aber würde hierzu bereit sein? Die hier gekennzeichneten sogenannten sozialen Garantien gerieten also bei näherer Betrachtung wie Spreu im Winde, und für uns bleibt nichts zurück, als die Ausgliederung einer jahreslang bewährten Einrichtung an die welt- und lebensfremde Justizverwaltung.

Wenn nun die Justiz tatsächlich das Bedürfnis hat, sich zu bessern; dann nur ruhig von unten heraus durch freie Volkswahl von Richtern, Sachverständigen und Schlichtern, mindestens aber den letzten beiden. Wenn sich dann diese neue Einrichtung bewährt hat, wenn die Justiz die Verbindung mit dem „Volke“ gefunden und sich dessen Vertrauen erworben hat, dann könnte man vielleicht über die Angliederung der Arbeitsgerichte an die ordentlichen Gerichte sprechen. Dann aber, dann werden die Juristen kein Interesse mehr daran haben, den Arbeitsgerichten Zügel anzulegen.

Als letzten, schwersten und stichhaltigsten Grund führt man die Kostenfrage als ausschlaggebend für die Angliederung an. Die Einrichtung der neuen Arbeitsgerichte wird ohne Zweifel große Ausgaben erfordern. Dies ist nicht zu leugnen. Die Gemeinden von den Kosten zu befreien, dürfte den Reichstag des Deutschen Städtetags veranlassen haben. Es bleibe, so wird angeführt, nichts anderes übrig, als ein Netz von kleinen Gerichten zu schaffen, wenn man Kosten sparen wolle. Schamhaft aber verschweigt man, daß eine soziale Organisation im Aufbau begriffen ist, welcher die Arbeitsgerichte angegliedert werden können und müssen. Bei diesem Anschlag ist denn auch die gesamte Kostenfrage gelöst. Denn ob die Ausgaben über den Etat des Justizministeriums oder dem Reichsarbeitsministerium lauten, dürfte gleich sein. Die Hauptsache dabei ist und bleibt, daß sie nicht wesentlich höher sind.

Diese neue, sich bildende Organisation sind die Schlichtungsbehörden, die errichtet und nur den Sozialbehörden unterstellt werden sollen. Beide, Schlichtungsbehörden und Arbeitsgerichte, arbeiten auf arbeitsrechtlichem Gebiete, beide sind mit Beisitzern aus Arbeiter- und Unternehmerkreisen besetzt, bei beiden kommt es nicht auf juristischen Formalismus, sondern auf wirtschaftliche und soziale Kenntnis und Erfahrung an. Hier dürfte der gegebene Anschlag für die neuen Arbeitsgerichte sein. Durch Zusammenfassung von Arbeitsämtern, Arbeitsnachweisen, Erwerbslosenversicherung, Schlichtungsbehörden und Arbeitsgerichten dürfte insbesondere, für die Angliederung der Arbeitsgerichte an die Amtsgerichte ausschlaggebende Kosten nicht entstehen. Damit dürfte auch der letzte und schwerwiegendste Grund für die Angliederung widerlegt sein.

Schafft also einheitliche Arbeitsbehörden! Die Erziehungsbildung an den heutigen Juristen wollen wir gern und neidlos andern überlassen. Der aufstrebende viele Stand aber wird sich nicht wieder zurückdrängen, eine in sich geradene naturgemäße Entwicklung nicht aufhalten lassen.

Dem Schöpfer des Arbeitsgerichtsgesetzentwurfs aber wäre zu empfehlen, sich den Artikel 157 der Reichsverfassung, nach welchem das Reich zwingend verpflichtet ist, ein einheitliches Arbeitsrecht zu schaffen, genau anzusehen und danach zu handeln.

Die geschichtliche Entwicklung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zeigt uns, daß Verwaltung und soziale Gerichtsbarkeit zusammengehören. Dementsprechend wird die Arbeiterklasse sich einstellen müssen im Kampf um die neuen Arbeitsgerichte. Die Lösung muß sein: Die Arbeitsgerichte der freien Selbstverwaltung, nicht der Justizverwaltung.

Gerade die zukünftige Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit wird für uns als Arbeiter von ungeheurer Bedeutung sein. Alle arbeitsrechtlichen Fragen werden letzten Endes durch die Arbeitsgerichte entschieden werden. Für die Entscheidung von Streitfällen kann und wird aber nicht der tote Buchstabe des Gesetzes, sondern der Geist, welcher in das Gesetz hineingekostet wird, ausschlaggebend sein. Sorgen wir also selbstens dafür, daß in das kommende Arbeitsrecht unser Geist einzieht.

Alle unsere Ortsvereine und Ortskartelle müssen sich in ihren Versammlungen eingehend mit dem „Referentenentwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes“ beschäftigen und stärksten Protest gegen die geplanten Verschlechterungen einlegen. Es müssen in allen Orten Professionsresolutionen gefaßt und dem Reichstag, eingelegt werden. Dieser hat sich eingehend mit diesen und dem Entwurf zu beschäftigen und bei der Regierung mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln auf Abänderung zu drängen. Nur auf diesem Wege können wir etwas erreichen, und der Regierung wird klar gemacht werden können, wo die Arbeiterklasse über die von den einzelnen Ressorts ausgearbeiteten Verschlechterungsentwürfe denkt.

Bei der ungeheuren Bedeutung des sich entwickelnden neuen Arbeitsrechts für uns als Arbeiter sollte man sich in unseren Versammlungen viel mehr mit allen in dieses Gebiet schlagenden Fragen und Entwürfen beschäftigen. Bei Mangel an geeigneten Referenten muß der Gau- oder Hauptvorstand solche zur Verfügung stellen. Durch Beschäftigung auf diesem Gebiete könnten meines Erachtens die Stundenlängen unfruchtbarer politischen Debatten auf ein Mindestmaß herabgeschraubt, die Versammlungen interessanter gestaltet und der überall in Erscheinung tretende mangelnde Versammlungsbesuch überwunden werden. Die Arbeiter aller politischen Richtungen müssen endlich erkennen, daß unser Einfluß, unsere Macht nur durch unsere Geschlossenheit auf gleichmäßigem Wege zum Vorteile der gesamten Arbeiterbewegung in die Wagchale geworfen werden kann.

Darum auf, Kollegen! Verteidigt eure alten bewährten Einrichtungen und sorgt durch rege Mitarbeit in allen Fragen für den weiteren Ausbau derselben im sozialistischen Sinne!

Bernburg a. d. S.

Fr. Blättermann.

## □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

**Zarifamtlische Lohnstabellen.** Die neuesten Lohnstabellen, enthaltend die Löhne für Gehilfen und Hilfsarbeiter, nach Wochen-, Tag- und Stundenlohn berechnet, das Kostgeld der Lehrlinge und sonstige Veränderungen des Buchdruckerzarfs, sind vom Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, zum Preise von 2 Mk. pro Exemplar bei portofreier Zustellung sofort zu beziehen. (Postcheckkonto: Nr. 85058, Berlin NW 7).

**Gewerkschaften.** Die Zeitung des Guttenbergbundes veröffentlicht im „Tsp.“ vom 14. April eine in Selbstdruck gehaltene Rundgebung an die Mitglieder, worin es u. a. heißt: „Wie uns aus verschiedenen Teilen des Reiches mitgeteilt wird, betreiben die Agitatoren des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in den Kreisen unserer Mitglieder eine harte Werbearbeit unter Ausnutzung unwahrer Angaben. Es wird behauptet, daß der Guttenbergbund nicht mehr existenzfähig sei und daß die Hauptvorstände des Guttenbergbundes und des Verbandes bereits einige Male über eine Verschmelzung, nur sollten es die Mitglieder noch nicht wissen“. Das wird dann unter der üblichen Selbstbeweihräucherung als bewusste Anwerdung bezeichnet. Wir halten, offen herausgesagt, das neueste Machwerk des Guttenbergbundes für ein plummes Manöver, nur um einmal wieder von sich reden zu machen. In keiner der zahlreichen Versammlungen der letzten Zeit, in denen Verbandsfunktionäre über zeitgemäß gewerkschaftliche Themen referierten, ist der Guttenbergbund überhaupt erwähnt, geschweige denn mit ähnlichen Angaben bekämpft worden. Seine Mitarbeit auf landesweiten Gebieten, auf die der Bundesvorstand in seiner Rundgebung besonders hinweist und die auch wir im Gehilfeninteresse begrüßen, ist lediglich den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen geschuldet, unter denen die gesamte Gehilfenerschaft heute schwer zu leiden hat. Aber diese Zusammenarbeit beweist schließlich auch, daß zwei Gehilfenorganisationen keine absolute Notwendigkeit sind. In Berücksichtigung der höchst kritischen Situation, in der sich gegenwärtig die ganze deutsche Arbeiterbewegung befindet, ist auf unserer Seite wirklich kein Bedürfnis vorhanden zur gegenseitigen Bekämpfung mit unlauteeren Waffen. Der Verband der Deutschen Buchdrucker, dessen Bedeutung als maßgebende Gehilfenorganisation sich auf seine historische Wirksamkeit für die Gehilfenerschaft gründet, kann die Entwicklung der organisatorischen Verhältnisse in Ruhe abwarten. Die Zeit arbeitet in dieser Beziehung für uns. Deshalb wurde in den letzten Jahren weder von den verschiedenen Flugblättern des Guttenbergbundes, noch von seinen speziellen Agitationspraktiken besonders Notiz genommen. Aus dieser Reserve gedenken wir auch in Zukunft nur notwendigen herauszutreten. Die lebenswichtigen wirtschaftlichen Aufgaben, die ihrer Erledigung durch die Gesamtgehilfenerschaft harren, lassen jeden Wortstreit um Lebensanschauungsfragen für absehbare Zeit als nebensächlich und entbehrlich erscheinen.

**Nachahmenswertes Beispiel.** Aus Anlaß ihres fünf- undzwanzigjährigen Bestehens als Aktiengesellschaft bedachte die „Danziger Allgemeine Zeitung“ (deutsch-national) in Danzig ihr aeltestes Personal in Kontor, Redaktion und Druckerei mit Geldpenden im Betrage von 750 Mk. bis herunter zu 100 Mk.

**Meisterprüfung.** Die Meisterprüfung haben besanden der Seherfaktor Wilhelm Fobbe und der Druckerkollege Richard Merkel in Kuchhaven.

**Farbnormenausschuß für das graphische Gewerbe.** In Leipzig hat kürzlich wieder eine Sitzung des Farbnormenausschusses für das graphische Gewerbe stattgefunden, bei der die zielbewußte Arbeit dieser Organisation, die ganz besondere Bedeutung für das graphische Gewerbe hat, gut in Erscheinung trat. Die Beschlüsse waren aber zunächst nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Da aber von der Tagespresse die Bestimmung durchbrochen wurde, berichten wir auf Grund dieser Mitteilungen gleichfalls darüber. Für die so wichtige Frage der Lichtechtheit wurde die Grundlage nach Professor Kreis festgelegt, nämlich vier Stufen, die durch ein übereinstimmendes Verfahren mit beglaubigten Probepapieren bestimmt werden. Für andere Erbselben (gegen Wasser, Rauch, Säure, Alkali) werden gleichfalls die Grundlagen festgelegt. Die Untersuchungen werden fortgesetzt. Die Frage des Bedauerns der Druckfarben wurde

erstmals wissenschaftlich erfaßt und erledigt, das entsprechende einfache Verfahren wurde erprobt und angenommen. Dieser Fortschritt ist durch die Farbenmessung nach Ostwald möglich geworden. Auch die bisher unerledigt gebliebene Frage nach einer Normierung der Blauhöflichkeit von Druckfarben ist nach vollständiger Erledigung durch Dr. Fischer. Alle diese erheblichen Fortschritte verdankt die Technik solchen Personen, die in den entsprechenden Arbeitsausstellungen tätig sind: ein Zeichen für die Sorgfalt, mit der diese Zusammengehörigen wurden. Bleich stellt sich dabei heraus, daß die weitere und verteilte Arbeit die Mitwirkung der Deutschen Werkstätte für Farbwerke in Dresden unbedingt erfordert, deren Vertreter an der Tagung teilnahmen und sich aufzuden äußerten. Grundsätzlich und einstimmig wurde beschlossen an der Grundlagelasthalten, welche auf der ersten Sitzung mit allen gegen zwei Stimmen festgelegt worden war, nämlich an der Farbenlehre Ostwalds, soweit sie für die hier behandelten Fragen in Betracht kommt, da ohne diese eine Messung und Normung der Farben nicht möglich ist.

**Offene Stellen für befähigte Gewerkschaftler.** Durch den Zentralstellennachweis des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für Gewerkschaftsangehörige werden gesucht: Arbeitersekretär zum baldigen Eintritt nach Hirschberg i. Schl. Bedingungen: mindestens zehnjährige gewerkschaftliche und politische Organisation, erste Kraft, mit Rechtsauskunft und Betriebsräteorganisation gut vertraut. Bewerbungen bis zum 1. Mai an P. Rieger, Hirschberg i. Schl., Sand 48. — Kartellsekretär (erste Kraft) zum sofortigen Eintritt nach Trier. Ausführliche Bewerbungen mit Angaben des eventuellen Eintrittstermins bis 25. April an Emil Kleb, Trier, Palaststraße 16.

**Rentabilität oder Unrentabilität der Buchdrucker.** Anlässlich der Tarifverhandlungen wird mit Vorliebe auf die schwierige Lage der kleinen Zeitungen hingewiesen, die zwar keineswegs in Abrede gestellt werden kann, jedoch gelegentlich maßlos übertrieben wird. Daß auch im Zeitalter der so gern zitierten „geradezu ungewerblichen Ökonomie“ sehr wohl von Rentabilität der kleinen Zeitungsdruckerien gesprochen werden kann, beweist eine kleine Zeitung Südbadens, die früher jahrelang keine Dividende verteilte, seit etwa zwei Jahren aber zu den rentabelsten Kleinrentneren der Gegend zählt. Dabei hat die Zeitung gegenwärtig nur durchschnittlich eine halbe Seite Anzeigen, davon viele amtliche mit erheblichem Rabatt. Die Auflage ist wenig über 1000; zur Herstellung der Zeitung werden drei bis vier Gehilfen benötigt. Im Kontor sind zwei Personen tätig; für Schriften und Bauarbeiten wurden verschiedene tausend Mark verausgabt. Außerdem sind eine Hilfsarbeiterin und zwei Zeitungsfrauen vorhanden; auch sonstige ungewöhnliche Ausgaben kamen vor, trotzdem ist das Blatt billiger als die meisten benachbarten. Diese Tatsachen werfen auch auf die vermeintliche Rentabilität der sogenannten Lehrlingszuchtereien ein eigenartiges Licht. Während die obige Druckerei vor drei Jahren noch zwei bis drei Gehilfen und zwei Lehrlinge hielt und keine Dividende verteilen konnte, hat sie seit Jahresfrist fünf bis sechs Gehilfen und keinen Lehrling; trotzdem diese Rentabilität in einer Nachbarstadt schwang sich ein Altküchenbetrieb, der fast keine Lehrlinge hielt, von einigen auf mehr als ein Hundert Gehilfen auf und wirkte sehr viel Gewinn ab; in der gleichen Nachbarstadt aber ist ein Lokalball, das seit vielen Jahren täglich erdicht, zum wöchentlich dreimaligen Erscheinen übergegangen, trotzdem es ziemlich viel Infanterie hat und — man staune! — lange Zeit von einem Gehilfen und nicht weniger als drei Lehrlingen hergestellt wurde. Die nachste Tatsache, daß Betriebe mit viel Lehrlingen keineswegs so gewinnbringend sind, als viele glauben, müßte eigentlich viel mehr Beachtung finden. Lehrbubenarbeit bleibt eben immer Lehrbubenarbeit!

**Deutscher Faktorenbund.** In der Hauptversammlung wurde zum Bundesvorstandenden Ferdinand Glosche und zum Stellvertreter Adolf Gubisch (bisherige Schriftführer) neu gewählt. Zum Schriftleiter der Bundeszeitung „Die Graphische Welt“ wurde an Stelle von E. Kusbe, der die Redaktionsarbeit nebenamtlich führte, Otto Schulze berufen.

**Johann Schneider †.** Nachdem erst vor wenigen Wochen der zweite Vorsitzende des Porzellanarbeiterverbandes des Verbandsorgans „Die Urmühle“, Johann Schneider, der sich namentlich um den Zusammenbruch der früher gewaltig marchierenden Berufsorganisationen sehr verdient gemacht hat, von einem heimtückischen Lungenleiden im 58. Lebensjahre dahingerafft worden. Ehre seinem Andenken!

**Theodor Schwarz †.** Einer der „Alten“ ist mit Theodor Schwarz dahingegangen. In Lübeck am 14. April 1841 geboren, besuchte er dort die Armenischule und lernte dann Formner. Auf der Wanderschaft hörte er Laffalle, der ihn zu einem eifrigen Kämpfer für die Arbeiterfrage entflammte. Wegen seiner diesbezüglichen Tätigkeit gemäßregelt, ging er dann als Seemann, wo es ihm ebenso erging. Er eröffnete dann in Lübeck eine Spielwirtschaf, gehörte der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands an und gründete schließlich mit Gleichgesinnten den Zentralverein der deutschen Formner, dessen Vorsitzender er bis zur Verschmelzung mit dem deutschen Metallarbeiterverbande (1901) war. Er wurde 1890 und 1895 wieder in den Reichstag gewählt und behauptete das Mandat bis 1918. Er war Mitglied der Lübecker Bürgerdruckerei und leitete seit 1895 bis jetzt eine Lübecker Parole-Druckerei. Er war auch literarisch tätig und hat sich mit der Geschichte seiner engeren Heimat beschäftigt.

**Das Ausnahmerecht gegen die Landarbeiter befreit.** Die Demobilisierungsverordnung, die die Freizügigkeit der Landarbeiter auch nach dem Kriege bis jetzt noch unterbunden hat, was namentlich die Erbhäufigkeit ausnützte, ist im Reichstage durch Annahme eines Antrags Schmidt, Vorsitzender des Landarbeiterverbandes, aufgehoben worden.

**Enorme Verteuerung der Lebenshaltung.** Die Preise für Lebensmittel, für Kleidung, überhaupt für notwendige Gebrauchsgüter steigen von Tag zu Tag in einer bisher nie gekannten Weise. Lohnerhöhungen, die heute erfolgen, aber noch lange keinen Ausgleich bringen, werden anderntags durch enorme Preissteigerungen illusorisch. Der Reallohn, die Kaufkraft des erhaltenen Geldes werden immer geringer. Die Reichsindizes, die jetzt sogar wegen ihrer Niedrigkeit von Kuznetsky angezweifelt wird, ist im März gegenüber Februar wieder um 15,7 Proz. auf 2302 Punkte gestiegen. Das macht gegenüber Oktober 1921 100,9 Proz. aus. Wenn es so weiter geht, kann es dazu kommen, daß nicht das Nötigste mehr bestritten werden kann. Die Verteuerung des Volkes wird dadurch umfänglicher und nimmt schlimmere Formen an. Die unerhörten Preissteigerungen auf dem Getreidemarkte haben bereits dazu geführt, daß ausländisches Mehl trotz des Preisstandes der Markt billiger als deutsches ist. Wegen des Anlagesverfahrens, das uns das Brot auf Märkten immer noch zu erträglichen Preisen sicherte, und auch gegen ein Anlagesverfahren für Kartoffeln, die jetzt schon durch die hohen Preise für einen Arbeiterballast zu Luxus erhoben werden, laufen die Agrarier unter Anführung von Erzeaktionären, wie Dr. Helm, der der Landesvertreter bezüglich wird, in ganz frecher Weise Sturm. Die dreiteilige Sprache des Organs des Brandenburgischen Landbundes, der dem Reichslandbund angegeschlossen ist, ist außerordentlich bezeichnend. Nur einige Blätter aus den letzten Nummern: „Man mag verordnen, so viel man will, wir liefern einfach nicht mehr.“ „Nicht der Vorkrieg ist die stärkste Waffe, sondern der organisierte Vorkrieg, der besonders anzuwenden wäre gegen die Gesehe, die zum Schaden des Vaterlandes (d. h. im Interesse der Allgemeinheit), gegeben werden.“ In einem Versammlungsbefehle von Vertretern aller Landbünde heißt es wörtlich: „Wenn man sich regierungsfeindlich ersehen sollte, vermittelst der Gesehegebungsmechanik ein Zwangsanlagegesetz durchzubringen, soll dieses einseitig von der gefamten Landwirtschaft nicht befohlen werden.“ Im Bezirk Trier wird sogar von den Agrariern dem sozialdemokratisch gestimmten Volksteil oder Ferner sozialdemokratischer Blätter die Nichtlieferung von Lebensmitteln öffentlich angekündigt, wenn nicht die Kritik an der Preissteigerung in den sozialdemokratischen Blättern unterlassen wird. Man sieht, die Hege der in den Landbünden tonangebenden Erbhäufigkeit sowie der Landbundespreise gegen die Arbeitererschaft und gegen die Regierung trägt hundertfache Früchte. Hiergegen muß das darunter leidende Volk im Vereine mit der Regierung ganz energisch handeln, um schlimmes Unheil zu verhüten. Gegen den Pachtwucher der Landwirte wurde in Obersiebenbrunn demonstriert und durch eine Abordnung bei den einzelnen Landwirten erreicht, daß den Einwohnern genügend Kartoffelader zu angemessenen Preisen zugesichert wurde. Die Demonstration, die wegen der hohen Preise und der unzureichenden Belieferung erfolgte, soll ohne Zwischenfälle verlaufen sein. In bürgerlichen Blättern liest man es freilich anders. Der Fall sollte eine Mahnung an die besitzende Klasse sein.

**Erhöhung der ärztlichen Honorare.** Vom 1. April ab ist nun eine neue Gebührenordnung in Kraft getreten, nach der für Beratung beim Arzt am Tage 10 bis 100 Mark, nachts (8—8 Uhr) 20—400 Mk. und für Besuch des Arztes am Tage 20—400 Mk., nachts 40—600 Mk. berechnet werden; außer der Sprechstunde höher und sofortiger Nachbesuch mit 50—800 Mk. Konsultationen am Fernsprecher sind mit 10—100 bzw. 20—200 Mk. zu honorieren. Hierzu kommen nun noch, erstmalig im September, vierjährlich festsetzbare Steuerzuschläge. Danach können, je nach örtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Patienten, die Arztrechnungen recht unterschiedlich sein. Zwischen Klassenärzten und Krankenkassen muß über entsprechende Sätze eine Einigung zustande kommen, die beiden Seiten gerecht wird. Auch bei Honorierung durch Kopfpfand, die durch Schiedspruch für das letzte Vierteljahr sogar um 100 Proz. erhöht wurde, muß das treffende Wort von „Leben und leben lassen!“ Geltung haben. Die Klassenbeiträge sind seit dem 1. April in die Höhe geschwenkt und die materiellen Leistungen dieser Klassen gegenüber den Patienten ganz verringert worden, was natürlich von der Arbeitererschaft nur mit sehr gemilderten Gefühlen aufgenommen werden kann. Es zeigt sich auch hier wie in jeder andern Beziehung, daß die Kosten für die Kriegesfolgen der Arbeitererschaft aufgebürdet werden. Das sollte hüben wie drüben die Arbeitererschaft veranlassen, noch mehr als bisher gegen die Fortführung des Kriegswahlmanns (auch in wirtschaftlicher Beziehung) ganz energisch Front zu machen.

## Gestorben

In Bremen am 5. April der Seher Hermann Helms aus Gressowald, 52 Jahre alt — Gehilfenrentenempfänger.  
In Breslau am 5. April der Seher Gustav Gieseler von dort, 47 Jahre alt — Arbeiterrentenempfänger.  
In Bonn am 3. April der Maschinenleger Karl Kaiser, 30 Jahre alt.  
In Darmstadt am 31. März der Seher Will Schmiedemann, 23 Jahre alt.  
In Datzburg am 5. April der Seher Eduard Köhler aus Heiligenfeld, 71 Jahre alt.  
In Düsseldorf am 5. April der Seher Georg Franz, 58 Jahre alt — Augenrentenempfänger.  
In Frankfurt a. M. am 27. März der Drucker Wilhelm Apel aus Gelnhausen, 64 Jahre alt.